



# Der Umfall in der Steuerfrage

(Von unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 23. März.

Das Gehalt des Reichspräsidenten wird dann gegen Währungs- und Währungsfragen.

Zu der Frage der Erziehung führte der Abg. Dr. Cuno (Zeitschrift) Besondere über ein Flugblatt, das von der aus öffentlichen Mitteln betriebenen Centralstelle für Heimatsdienst herausgegeben ist und sich gegen eine Kritik über die Berliner Vorkämpfer über die „Ausführung“ Deutschlands richtet. In diesem Flugblatt werde der falsche Eindruck erregt, als ob die deutsche Währung nur durch den Damascus stabilisiert worden sei. (S. 10, 11, 12, 13.)

Reichsfinanzminister Dr. Stresemann erklärt, daß diese Kritik der Reichsregierung im Damascus sei. Es seien nicht nur einfache Aufsätze gewesen, sondern das Volk wurde in der Reichsversammlung durch Flugblätter und an den Parlamenten besonders darauf hingewiesen. Der Minister bejaht die Frage, ob Reichsmittel zur Abwehr dieser Agitation verwendet werden könnten. Er denke nicht daran, die Stabilisierung der Währung als Werk des Auslandes hinstellen zu wollen. Aber so viel sei doch sicher, daß es nicht möglich gewesen wäre, die Stabilisierung durchzuführen, wenn nicht die Sicherheit bestanden hätte, daß die Eingänge in das deutsche Volkswirtschaft, die früher dauernd den festen der Einkünfte erfolgten, für Ende fanden. Die Regierung habe das Recht und die Pflicht, gegen diese Aufregung der Öffentlichkeit einzuschreiten. (Beifall bei der Rede; großer Beifall.)

Abg. Cuno (Zeitschrift) bezieht jeden Zusammenhang zwischen der Stabilisierung, die im Herbst 1923 eingeleitet wurde, mit dem Damascus, was für eine falsche Auffassung der Währungsfrage auf eine falsche Auffassung der Währungsfrage.

Abg. Kube (Zeit) beantwortet die Erwähnung der Kosten für die deutsche Geldpolitik in Wänden. Der Antrag wird abgelehnt. Das Gehalt des Reichspräsidenten wird dann gegen Währungsfragen. Abg. Cuno (Zeitschrift) bezieht jeden Zusammenhang zwischen der Stabilisierung, die im Herbst 1923 eingeleitet wurde, mit dem Damascus, was für eine falsche Auffassung der Währungsfrage auf eine falsche Auffassung der Währungsfrage.

Abg. Cuno (Zeitschrift) bezieht jeden Zusammenhang zwischen der Stabilisierung, die im Herbst 1923 eingeleitet wurde, mit dem Damascus, was für eine falsche Auffassung der Währungsfrage auf eine falsche Auffassung der Währungsfrage.

Abg. Cuno (Zeitschrift) bezieht jeden Zusammenhang zwischen der Stabilisierung, die im Herbst 1923 eingeleitet wurde, mit dem Damascus, was für eine falsche Auffassung der Währungsfrage auf eine falsche Auffassung der Währungsfrage.

Abg. Cuno (Zeitschrift) bezieht jeden Zusammenhang zwischen der Stabilisierung, die im Herbst 1923 eingeleitet wurde, mit dem Damascus, was für eine falsche Auffassung der Währungsfrage auf eine falsche Auffassung der Währungsfrage.

Abg. Cuno (Zeitschrift) bezieht jeden Zusammenhang zwischen der Stabilisierung, die im Herbst 1923 eingeleitet wurde, mit dem Damascus, was für eine falsche Auffassung der Währungsfrage auf eine falsche Auffassung der Währungsfrage.

Abg. Cuno (Zeitschrift) bezieht jeden Zusammenhang zwischen der Stabilisierung, die im Herbst 1923 eingeleitet wurde, mit dem Damascus, was für eine falsche Auffassung der Währungsfrage auf eine falsche Auffassung der Währungsfrage.

Abg. Cuno (Zeitschrift) bezieht jeden Zusammenhang zwischen der Stabilisierung, die im Herbst 1923 eingeleitet wurde, mit dem Damascus, was für eine falsche Auffassung der Währungsfrage auf eine falsche Auffassung der Währungsfrage.

Abg. Cuno (Zeitschrift) bezieht jeden Zusammenhang zwischen der Stabilisierung, die im Herbst 1923 eingeleitet wurde, mit dem Damascus, was für eine falsche Auffassung der Währungsfrage auf eine falsche Auffassung der Währungsfrage.

Abg. Cuno (Zeitschrift) bezieht jeden Zusammenhang zwischen der Stabilisierung, die im Herbst 1923 eingeleitet wurde, mit dem Damascus, was für eine falsche Auffassung der Währungsfrage auf eine falsche Auffassung der Währungsfrage.

Abg. Cuno (Zeitschrift) bezieht jeden Zusammenhang zwischen der Stabilisierung, die im Herbst 1923 eingeleitet wurde, mit dem Damascus, was für eine falsche Auffassung der Währungsfrage auf eine falsche Auffassung der Währungsfrage.

Abg. Cuno (Zeitschrift) bezieht jeden Zusammenhang zwischen der Stabilisierung, die im Herbst 1923 eingeleitet wurde, mit dem Damascus, was für eine falsche Auffassung der Währungsfrage auf eine falsche Auffassung der Währungsfrage.

Bei der Weiterführung der Verhandlungen über die Steuerkommission der Regierung im Steuerministerium haben sich äußerst feindselige Verhältnisse entwickelt, aus denen leicht eine ernste Regierungskrise zu erwarten ist. Die Verhandlungen dieser Angelegenheit zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Stresemann und dem Reichsminister für Finanzen Dr. Brüning haben sich in den letzten Tagen sehr unangenehm entwickelt. Er will die Steuererhöhungen noch immer als Ganzes behandelt wissen.

Die deutsch-nationale Haltung kennzeichnet sich dadurch, daß seitens der Reichsregierung eine weitere Senkung der Vermögenssteuer gefordert wird, die aber seitens der Regierung abgelehnt wird, da der Finanzminister für eine Vordannahme seiner Vorläufe sich einsetzt und im Falle der Ablehnung mit einer Zurückziehung der gesamten Steuererleichterungsdarstellung droht. Die Herabsetzung der Hauszinssteuer, die immer wieder von den Oppositionen in erster Linie verlangt werden will, findet ebenfalls bei Dr. Stresemann kein Verständnis, zumal die jetzt von der Regierung heiß ummordene Sozialdemokratie durch diesen deutsch-nationalen Antrag, der ja der breiten Masse dient, äußerst unangenehm berührt worden ist.

Selbstverständlich wird durch die rein anti-ökonomische Steuerpolitik Dr. Stresemanns der ganze Reichshaushalt in schiefere Verwirrung gebracht. Wir werden mit einem Hin- und Herbewandern und Vorwärtsschreiten der Regierung zu rechnen haben, wenn nicht Herr Dr. Stresemann und die Regierung vorher ihre Schritte bereuen.

Der Steuerminister des Reichstages trat heute in die Beratung des neuen Vermögenssteuervorschlags der Regierungspartei ein. Abg. Dr. Herz (Soz.) lehnte die neuen Vorschläge ab. Auch der nächste Redner, der Abgeordnete Precher (Zeitschrift), erhob die härtesten Bedenken.

auszudehnen, um auf alle Fälle außer der dritten Befugnis des Staats aus dem Steuerermittlungsgebiet noch zu erlauben.

## Braun vor dem Landtag

Berlin, 23. März.

Der preussische Landtag sollte heute die zweite Beratung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten folgen.

Abg. Müller, Franke (B. V.) nahm für die Bundesstaaten in Anspruch, sich bei wichtigeren, auswertigen Angelegenheiten mit der abwesenden Jurisdiktion auszuweichen. Die Wirtschaftliche Vereinigung erfordere die Vorklärung und den Vorklärung.

Nach dem Redner der Deutsch-Völkischen, der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen, nahm der Ministerpräsident Braun das Wort, um zu dem von dem Abgeordneten Müller am Sonnabend formulierten Mißtrauensvotum Stellung zu nehmen. Die neue Form, in der diesmal das Mißtrauen gegen ihn ausgesprochen wurde, riefte bei ihm, daß die Deutschnationalen von der Ausschließlichkeit dieses Mißtrauensvotums überzeugt seien. Der Ministerpräsident erklärte, man müsse daran festhalten, daß die Regierung der Mißtrauensfrage bei der Weiterberatung liegt und daß diese die Politik verantwortlich zu führen habe. (Zuruf bei den Deutschnationalen: „Auch wenn Preußen zugunsten geht.“) Dafür, daß die Mißtrauensfrage auch heute kein Großpreußen mehr geben. Die Deutschnationalen kritisieren zwar, fragen aber nie, wie man es besser machen sollte. Der Ministerpräsident bewies, auf die Verhandlungen in Köln im letzten Gebiet bei der konsequenten Politik zurückzuführen, die bisher von der Reichsregierung im Gange sei. Aber ruhig und sachlich die wirtschaftlichen Vorgänge ansehe, müsse ergeben, daß die Wirtschaft gerade jetzt in die Krise eingetreten sei. Der Ministerpräsident erklärte, er sei für die deutsche Freiheit im letzten Gebiet bei der konsequenten Politik zurückzuführen, die bisher von der Reichsregierung im Gange sei. Aber ruhig und sachlich die wirtschaftlichen Vorgänge ansehe, müsse ergeben, daß die Wirtschaft gerade jetzt in die Krise eingetreten sei.

Der Ministerpräsident erklärte, er sei für die deutsche Freiheit im letzten Gebiet bei der konsequenten Politik zurückzuführen, die bisher von der Reichsregierung im Gange sei. Aber ruhig und sachlich die wirtschaftlichen Vorgänge ansehe, müsse ergeben, daß die Wirtschaft gerade jetzt in die Krise eingetreten sei.

Der Ministerpräsident erklärte, er sei für die deutsche Freiheit im letzten Gebiet bei der konsequenten Politik zurückzuführen, die bisher von der Reichsregierung im Gange sei. Aber ruhig und sachlich die wirtschaftlichen Vorgänge ansehe, müsse ergeben, daß die Wirtschaft gerade jetzt in die Krise eingetreten sei.

Der Ministerpräsident erklärte, er sei für die deutsche Freiheit im letzten Gebiet bei der konsequenten Politik zurückzuführen, die bisher von der Reichsregierung im Gange sei. Aber ruhig und sachlich die wirtschaftlichen Vorgänge ansehe, müsse ergeben, daß die Wirtschaft gerade jetzt in die Krise eingetreten sei.

Der Ministerpräsident erklärte, er sei für die deutsche Freiheit im letzten Gebiet bei der konsequenten Politik zurückzuführen, die bisher von der Reichsregierung im Gange sei. Aber ruhig und sachlich die wirtschaftlichen Vorgänge ansehe, müsse ergeben, daß die Wirtschaft gerade jetzt in die Krise eingetreten sei.

Der Ministerpräsident erklärte, er sei für die deutsche Freiheit im letzten Gebiet bei der konsequenten Politik zurückzuführen, die bisher von der Reichsregierung im Gange sei. Aber ruhig und sachlich die wirtschaftlichen Vorgänge ansehe, müsse ergeben, daß die Wirtschaft gerade jetzt in die Krise eingetreten sei.

Der Ministerpräsident erklärte, er sei für die deutsche Freiheit im letzten Gebiet bei der konsequenten Politik zurückzuführen, die bisher von der Reichsregierung im Gange sei. Aber ruhig und sachlich die wirtschaftlichen Vorgänge ansehe, müsse ergeben, daß die Wirtschaft gerade jetzt in die Krise eingetreten sei.

Reichsinnenminister Dr. Reinsdorf erklärte, daß für die Einbringung der Regierungsvorlage der Vermögenssteuer entfallen würde, was man so schnell wie möglich aus der Wirtschaftsförderung herauskommen könnte. Durch das Kompromiß werde das Ziel der Regierung, der Wirtschaftsförderung zu bringen, keineswegs illusorisch gemacht, wenn es auch nicht in dem Sinne erreicht werden könnte, wie es nach dem ursprünglichen Willen der Regierungsvorlage zu erwarten war. Von einer Demoralisierung des Regierungsvorlages könne man jedenfalls durchaus nicht sprechen. Der Regierungsvortrag der Regierungspartei sei eine konsequente Anpassung des ursprünglichen Regierungsvorlages an die inzwischen tatsächlich eingetretenen Verhältnisse. Nach dem Kompromißprogramm der Regierungspartei würde für 1926

der Steuerertragfall betragen: bei der Umsatzsteuer 276 Millionen, Zugusssteuer 92 Millionen, Einkommensteuer 45 Millionen, Reichsteuer 100 Millionen, bei der Vermögenssteuer (Einkommensteuer 35-40 Millionen, zusammen 498-503 Millionen. Für 1927 wäre der Anstieg an Umsatzsteuer 302 Millionen, Zugusssteuer 100 Millionen, Reichsteuer 50 Millionen, Vermögenssteuer 35-40 Millionen, zusammen 487-492 Millionen. Nach dieser dem Kompromiß dem ursprünglichen Regierungsvorlage gegenüber für 1926 einen gewissen Spielraum, der nötig war, um die Unterhaltung der ausgefallenen Einnahmen zu gewährleisten. Die Unterhaltung der ausgefallenen Einnahmen würde durch die Senkung der Vermögenssteuer, die im Herbst 1923 eingeleitet wurde, nicht möglich sein. Die Unterhaltung der ausgefallenen Einnahmen würde durch die Senkung der Vermögenssteuer, die im Herbst 1923 eingeleitet wurde, nicht möglich sein. Die Unterhaltung der ausgefallenen Einnahmen würde durch die Senkung der Vermögenssteuer, die im Herbst 1923 eingeleitet wurde, nicht möglich sein.

entgegen, das deutsche Volkswirtschaft abzugeben und weiteres deutsches Gebiet unter vollständige Herrschaft zu bringen. Die Währungsfrage könne nicht durch ein Reichsgesetz geregelt werden, da die grundsätzliche Entscheidung des Reiches auf diesem Gebiet die Aufgabe komplexer und erfordere würde. Die Regelung dieser Frage müsse vielmehr den beteiligten Ländern überlassen werden. Das gleiche gelte für die Währungsfragen. Das Kabinett werde die Anknüpfungen deutscher Kleinstaaten an Preußen nicht gerade ablehnen, aber ihnen auch nicht in den Weg legen.

In der Frage Groß-Samburgs liege es notwendig, zuerst seinen besonderen Verhältnissen einzugehen. Die Frage sei für die deutsche Freiheit im letzten Gebiet bei der konsequenten Politik zurückzuführen, die bisher von der Reichsregierung im Gange sei. Aber ruhig und sachlich die wirtschaftlichen Vorgänge ansehe, müsse ergeben, daß die Wirtschaft gerade jetzt in die Krise eingetreten sei.

Der Ministerpräsident erklärte, er sei für die deutsche Freiheit im letzten Gebiet bei der konsequenten Politik zurückzuführen, die bisher von der Reichsregierung im Gange sei. Aber ruhig und sachlich die wirtschaftlichen Vorgänge ansehe, müsse ergeben, daß die Wirtschaft gerade jetzt in die Krise eingetreten sei.

Der Ministerpräsident erklärte, er sei für die deutsche Freiheit im letzten Gebiet bei der konsequenten Politik zurückzuführen, die bisher von der Reichsregierung im Gange sei. Aber ruhig und sachlich die wirtschaftlichen Vorgänge ansehe, müsse ergeben, daß die Wirtschaft gerade jetzt in die Krise eingetreten sei.

Der Ministerpräsident erklärte, er sei für die deutsche Freiheit im letzten Gebiet bei der konsequenten Politik zurückzuführen, die bisher von der Reichsregierung im Gange sei. Aber ruhig und sachlich die wirtschaftlichen Vorgänge ansehe, müsse ergeben, daß die Wirtschaft gerade jetzt in die Krise eingetreten sei.

Der Ministerpräsident erklärte, er sei für die deutsche Freiheit im letzten Gebiet bei der konsequenten Politik zurückzuführen, die bisher von der Reichsregierung im Gange sei. Aber ruhig und sachlich die wirtschaftlichen Vorgänge ansehe, müsse ergeben, daß die Wirtschaft gerade jetzt in die Krise eingetreten sei.

Der Ministerpräsident erklärte, er sei für die deutsche Freiheit im letzten Gebiet bei der konsequenten Politik zurückzuführen, die bisher von der Reichsregierung im Gange sei. Aber ruhig und sachlich die wirtschaftlichen Vorgänge ansehe, müsse ergeben, daß die Wirtschaft gerade jetzt in die Krise eingetreten sei.

Der Ministerpräsident erklärte, er sei für die deutsche Freiheit im letzten Gebiet bei der konsequenten Politik zurückzuführen, die bisher von der Reichsregierung im Gange sei. Aber ruhig und sachlich die wirtschaftlichen Vorgänge ansehe, müsse ergeben, daß die Wirtschaft gerade jetzt in die Krise eingetreten sei.

Der Ministerpräsident erklärte, er sei für die deutsche Freiheit im letzten Gebiet bei der konsequenten Politik zurückzuführen, die bisher von der Reichsregierung im Gange sei. Aber ruhig und sachlich die wirtschaftlichen Vorgänge ansehe, müsse ergeben, daß die Wirtschaft gerade jetzt in die Krise eingetreten sei.

Der Ministerpräsident erklärte, er sei für die deutsche Freiheit im letzten Gebiet bei der konsequenten Politik zurückzuführen, die bisher von der Reichsregierung im Gange sei. Aber ruhig und sachlich die wirtschaftlichen Vorgänge ansehe, müsse ergeben, daß die Wirtschaft gerade jetzt in die Krise eingetreten sei.



Wertbeständige Anleihen

Table of bond values with columns for issuer (e.g., Anst. Hagenberg, Bf. L. v. E. Kohler) and price.

Frankfurter Bfse. Zur Inangabe... 183. Am Freitag... 100. 111a 50.

Leipziger Bfse

Table of Leipzig bond values with columns for issuer (e.g., Adas., Leip. Bf. Bp., Leip. Bf. Bp.) and price.

Frankfurt. Das Ausland hat die Preise... 183. Am Freitag... 100. 111a 50.

Table of foreign exchange rates (Galtung) with columns for location (e.g., Weizen, M., Rosten, M.) and price.

Berliner Wechsel- und Kreditbörse

Im weiteren Verlauf der Börse wurde die Tendenz nach der... 144%.

Leipzig, 23. März. Mainz... 12%; Kammgarn... 2,80; Meißner... 80; Wolf... 44; Zerbitz... 100.

Berliner Metallnotierungen

Table of metal prices (e.g., Kupfer, Zink, Blei, Silber) with columns for metal type and price.

Währungs- und Wechselbörse

Tendenz ruhiger. Am Schlußmarkt haben die Auslands... 144%.

Berliner Börse vom 23. März 1926

(Ohne Gewähr)

Main market table with multiple columns for various securities, bonds, and exchange rates.

Weitere Berliner Kurse

Table of additional market prices for various commodities and goods.